



Departement für Justiz, Sicherheit
und Gesundheit Graubünden
Frau Regierungsrätin
Barbara Janom Steiner
Hofgraben 5
7001 Chur

Davos, 19.08.2010

**Vernehmlassung zur Teilrevision des Gesetzes über das
Gesundheitswesen des Kantons Graubünden (Aufhebung der
Beschränkung des Selbstdispensationsrechtes der Ärzte)**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Verehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die uns gewährte Gelegenheit, zu der von Ihnen über eine Teilrevision des Kantonalen Gesundheitsgesetzes vorgeschlagenen Aufhebung der Beschränkung des Selbstdispensationsrechts der Ärzte Stellung nehmen zu können.

**Für die SVP Graubünden ist nicht nachvollziehbar, warum die derzeitige
Regelung des Selbstdispensationsrechts der Ärzte in unserem Kanton
gerade zum jetzigen Zeitpunkt geändert werden soll:**

- a. Zum einen hat sich das bisherige Bündner System der Medikamentenabgabe für unseren Kanton bewährt.
 - i. Es gewährleistet eine gute und qualitativ hochstehende Versorgung der Bündner Bevölkerung und unserer vielen Gäste aus dem In- und Ausland mit Medikamenten, berücksichtigt die regional unterschiedlichen Gegebenheiten, stärkt die Landärzte in Gemeinden ohne Apotheken, ist patientenfreundlich und kostengünstig.
 - ii. Die Revisionsvorlage hingegen würde in allen vorstehend angesprochenen Punkten negative Auswirkungen haben, die Existenz unserer Apotheken und damit auch von Arbeitsplätzen gefährden sowie einzig die Ärzte in den grösseren Gemeinden mit Apotheken bevorteilen.
- b. Zum andern sind die Rahmenbedingungen des Bundes auf dem Gebiet des Selbstdispensationsrechts der Ärzte abzuwarten.
 - i. Derzeit läuft auf Bundesebene nämlich eine Revision des Eidg. Heilmittelgesetzes, mit welcher der Bundesrat in seiner Hauptvariante ein Verbot der Selbstdispensation anstrebt. Es ist anzunehmen, dass der Bundesgesetzgeber in naher Zukunft, wenn nicht ein Verbot, so zumindest Einschränkungen des Selbstdispensationsrechts mit entsprechenden Vorgaben für die Kantone beschliessen wird.



SVP Graubünden, Sekretariat, Postfach 415, 7270 Davos Platz
Tel. 079 658 20 10, www.svp-gr.ch



- ii. Es ist absehbar, dass die derzeitige Revision der Eidg. Heilmittelgesetzgebung zu einer Anpassung des kantonalen Rechts auf dem Gebiet der Selbstdispensation führen wird. Das Bündner Gesundheitsgesetz müsste darum in Kürze von neuem revidiert werden, was als unverantwortbar schlechte Gesetzgebungsplanung zu bezeichnen wäre.

Die SVP Graubünden lehnt darum den vorgelegten Entwurf für eine Teilrevision des Gesetzes über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden entschieden ab und beantragt Regierung und Departement, dem Grossen Rat keine entsprechende Revisionsvorlage zu unterbreiten.

Sollte die Regierung wider Erwarten trotzdem auf den Revisionsentwurf des Departementes für Justiz, Sicherheit und Gesundheit eintreten, so beantragt die SVP Graubünden, dass durch eine Übergangsbestimmung erreicht wird, dass bestehende Apotheken durch die neue Gesetzgebung nicht unmittelbar in ihrer Existenz gefährdet werden.

⇒ Dies kann dadurch erreicht werden, dass die heutigen Bestimmungen zur Selbstdispensation im Gesundheitsgesetz noch während weiteren 10 Jahren in jenen Gemeinden gelten, in denen sich bei Inkrafttreten des revidierten Gesundheitsgesetzes eine Apotheke befindet.

Bei Eintreten auf den Revisionsentwurf verlangt die SVP Graubünden zudem, dass es in Gemeinden mit einer Apotheke zu keinen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Apotheken und den zur uneingeschränkten Arzneimittelabgabe berechtigten Ärztinnen und Ärzten kommt. Wir beantragen deshalb, in das Gesundheitsgesetz folgende Bestimmung aufzunehmen:

⇒ Alle Medizinalpersonen, die zur uneingeschränkten Arzneimittelabgabe berechtigt sind, haben in Gemeinden mit einer Apotheke die gleichen Anforderungen wie die Apotheken zu erfüllen.

Im Folgenden möchten wir ausführlicher auf einige Punkte zu sprechen kommen, welche gegen das Revisionsvorhaben sprechen:

Die Revision des übergeordneten Bundesrechts ist abzuwarten

- a. Im Frühjahr 2010 wurde auf Bundesebene das Vernehmlassungsverfahren zur 2. Etappe der ordentlichen Revision des Eidgenössischen Heilmittelgesetzes abgeschlossen. In Anlehnung an die Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit, der Weltgesundheitsorganisation und der OECD, welche die Selbstdispensation ablehnen, schlägt der Bundesrat in der Hauptvariante ein landesweites, flächendeckendes Verbot der Selbstdispensation vor. Nach unseren Informationen soll diese Revision des Heilmittelgesetzes im Jahre 2012 dem Parlament unterbreitet werden.
- b. Für die SVP Graubünden ist darum unerklärlich, warum die Bündner Regierung für die kantonale Neuregelung des Selbstdispensationsrechts nicht die neuen Vorgaben des Bundesgesetzgebers, die in Kürze vorliegen werden, abwarten will. Wir erwarten von der Regierung deshalb, dass die eingeleitete Revision des Selbstdispensationsrechts auf kantonaler Ebene bis nach Vorliegen der Rahmenbedingungen des Bundes sistiert wird. Alles andere wäre ein Gesetzgebungs-Leerlauf der Sonderklasse.
- c. In einem anderen Bereich beschloss die Regierung erst kürzlich selber auch, vorerst die Entscheidungen des Bundes abzuwarten, um erst dann in Kenntnis dieser Rahmenbedingungen im Kanton aktiv zu werden:
 - i. In ihrer Antwort vom 22.04.2010 auf den Fraktionsauftrag der SP betreffend „Abklärungen Einheitskasse“ verwies die Bündner Regierung auf die Antwort des Bundesrates vom 07.02.2010 auf das Postulat von Nationalrat Wehrli betreffend Kantonale Gesundheitskassen und erklärte:

„Die Erarbeitung eines Berichtes auf kantonaler Ebene macht aber ihrer Ansicht nach auch grundsätzlich wenig Sinn. Zum einen ist, falls die Bundesversammlung das Postulat überweist, davon auszugehen, dass auf Bundesebene ein Bericht über die Schaffung von kantonalen Gesundheitskassen ausgearbeitet wird. Zum andern ist ein auf kantonaler Ebene erarbeiteter Bericht ohne Kenntnis und Einbezug der Rahmenbedingungen des nationalen Gesetzgebers für Einheitskassen wenig aussagekräftig.“
 - ii. Die Regierung beantragte denn auch „aus diesen Gründen die Ablehnung des Fraktionsauftrages.“ Noch weit bedeutungsvoller als bei einem Bericht ist für den Kanton naturgemäss „Kenntnis und Einbezug der Rahmenbedingungen des nationalen Gesetzgebers“ bei einem Gesetzgebungsverfahren wie dem vorliegenden.
- d. In konsequenter Befolgung dieses Entscheides der Regierung, der vom Grossen Rat geteilt wurde, ist darum nach Auffassung der SVP Graubünden auch bei der Revision der kantonalen Gesetzgebung zur Selbstdispensation der Entscheid des Bundesgesetzgebers unbedingt abzuwarten.

Einseitige Positionierung des zuständigen Regierungsmitgliedes

- a. Die SVP Graubünden hat Kenntnis vom Protokoll der 2. ord. Mitgliederversammlung bzw. 191. Hauptversammlung des Bündner Ärztevereins von 22. April 2010 in Chur, an der als Gast auch Frau Regierungsrätin Barbara Janom Steiner anwesend war. Ihre Ausführungen zur Frage der Selbstdispensation sind im Protokoll wie folgt zusammengefasst:

„Der Bund hat die Kantone mit einer erweiterten Revision des Eidg. HMG beschäftigt, insbesondere betr. der ärztlichen Medikamentenabgabe wobei für die peripheren bzw. ländlichen Gebiete Ausnahmen vorgesehen sind. In der Vernehmlassung hat sich die Regierung strikte gegen das Änderungsvorhaben des Bundes ausgesprochen, weil sonst die medizinische Versorgung nicht mehr gegeben wäre, die Ärzteschaft über genügend Kompetenzen für die Medikamentenabgabe verfügt und keine eigennützigen Motive der Ärzte erkennbar seien. Ohne Tarifierung wäre die ärztliche Versorgung in unserem Kanton gefährdet. Ziel muss sein, die ärztliche Medikamentenabgabe ohne nennenswerte Einschränkungen in unserem Kanton sicherzustellen, so wie in den meisten Ostschweizer Kantonen. Persönlich unterstütze sie die ins Auge gefasste Volksinitiative (von uns unterstrichen). Sie hat ihrerseits zwei Entscheide gefällt, nämlich:

1. Die Frage der Selbstdispensation hat sie aus dem Entwurf für das EGzHMG ausgeklammert, sodass eigentlich nur die unbestrittenen Teile verbleiben sollten. Die Anliegen von Apothekern und Ärzten seien so divergent, dass man ansonsten Gefahr laufe, damit das ganze EG zu verzögern oder zu belasten.
2. Sie hat das Gesundheitsamt beauftragt, parallel dazu eine Teilrevision des Kant. Gesundheitsgesetzes zu prüfen und zu erarbeiten, wonach die Selbstdispensation im gleichen Ausmass wie in der übrigen Ostschweiz vorzusehen sei. Die Beschlussfassung über die Vernehmlassung sei parallel zur Botschaft zum EGzHMG durch die Regierung zu fassen.

Sie hält aber zudem fest, dass sie nicht sagen kann, ob die Regierungskollegen dem Vorhaben zustimmen; selbst wenn die Regierung diesem Weg zustimmt, ist mit heftigem Widerstand (Apotheker) zu rechnen und es ist auch ungewiss, wie der Grosse Rat beschliessen wird; schliesslich ist möglicherweise mit einem Referendum zu rechnen.

Ihr Anliegen ist es ganz allgemein, gute Rahmenbedingungen für eine gute ärztliche Versorgung in unserem Kanton zu schaffen bzw. sicherzustellen. Mit der Anpassung des TPW an denjenigen der Ostschweiz ist mindestens diesbezüglich ein positives Ergebnis zu vermerken...”

- b. Damit stellte die für das Gesundheitswesen in Graubünden zuständige Regierungsrätin unmissverständlich klar, dass sie (mit ihrer Unterstützung der geplanten Volksinitiative der Ärzte) persönlich einseitig die Interessen der Ärzteschaft vertreten wolle. Entsprechend liess sie denn auch die

Vorabinformation über die geplante Teilrevision des Kantonalen Gesundheitsgesetzes nur der Ärzteschaft zukommen, nicht jedoch der ebenfalls direkt betroffenen Apothekerschaft. Für die SVP Graubünden ist dies nicht zu akzeptieren.

Die heutige Regelung der Selbstdispensation hat sich bewährt

- a. Die aktuelle Regelung der Selbstdispensation hat sich nach Überzeugung der SVP Graubünden nicht nur seit 25 Jahren bewährt, sondern sie wurde erst vor knapp drei Jahren im Grossen Rat erneut behandelt sowie in der Folge vom Bündner Volk in der Volksabstimmung vom 25. November 2007 wuchtig angenommen. Es besteht darum kein Grund zu einer Revision, umso mehr als das massgebende Bundesrecht derzeit in Revision und abzuwarten ist.
- b. Untersuchungen zeigen, dass ein Arzt mit einer Privatapotheke bei uneingeschränkter Selbstdispensation einen Zusatzverdienst von durchschnittlich mehr als CHF 75'000 erzielen kann. Die gesetzlichen Bestimmungen in Graubünden erlauben nun allen Ärztinnen und Ärzten, die ihre Praxis in einer Gemeinde ohne Apotheke führen, bereits heute die uneingeschränkte Abgabe von Arzneimitteln an ihre Patientinnen und Patienten. Für diese Ärzte, oft typische Hausärzte „auf dem Lande“, würden sich durch die vom Gesundheitsdepartement angestrebte Gesetzesrevision keine finanziellen Verbesserungen ergeben.
- c. Von der Revision profitieren würden einzig die Ärzte in den (grösseren) Gemeinden mit mindestens einer Apotheke. Diese dürfen heute nur beschränkt Medikamente verkaufen, beispielsweise während einer Konsultation. Neu soll ihnen nun der unbeschränkte Medikamentenverkauf zugestanden werden. Dies jedoch würde das Gegenteil der vom Departement angeblich angestrebten Wirkung ergeben:
- d. Der mit der uneingeschränkten Selbstdispensation bestehende finanzielle Anreiz, eine Landarztpraxis zu führen, würde entfallen, denn die grösseren Gemeinden würden für die Führung einer Arztpraxis noch attraktiver als eine Landarztpraxis. Der Revisionsvorschlag des Gesundheitsdepartementes würde zu einer weiteren Reduktion der ärztlichen Versorgung in den kleineren Gemeinden und den Randregionen des Kantons führen. Negativ betroffen von der Neuregelung wären damit gerade die ländlichen Gebiete, für deren Stärkung sich unsere Partei stark einsetzt.
- e. Die SVP Graubünden bekämpft darum die Vorlage sowohl aus gesundheitspolitischen wie auch aus regionalpolitischen Überlegungen. Unsere heutige Bündner Lösung der Selbstdispensation ist sehr liberal, gleichzeitig patientenfreundlich, berücksichtigt die regional unterschiedlichen Verhältnisse und unterstützt die Erhaltung und Neueröffnung von Landarztpraxen.
- f. Dank der Bündner Regelung der Selbstdispensation hat sich die Zahl der Apotheken von 27 bei Inkrafttreten des damals total revidierten Gesundheitsgesetzes im Jahre 1985 auf heute 41 erhöht. In Graubünden gibt es dadurch eine Apotheke auf etwa 4'500 Einwohner, in Kantonen mit

uneingeschränkter Arzneimittelabgabe hingegen nur eine Apotheke auf rund 10'000 Einwohner.

- g. Von dem mit der Bündner Lösung der Medikamentenabgabe erreichten breiten Arzneimittelangebot profitieren die Einheimischen wie unsere zahlreichen Feriengäste gleichermassen, indem sie beispielsweise für einen Medikamentenbezug nicht zu einem Arzt gehen müssen und damit eine Arztkonsultation zu bezahlen haben.
- h. Die Mehrzahl unserer Bündner Apotheken kann nur existieren, weil sie die von den Ärzten und Spitälern verschriebenen Medikamente an die Patientinnen und Patienten abgeben können. Erhebungen zeigen, dass diese Verschreibungen durchschnittlich 75 Prozent des Umsatzes einer Apotheke ausmachen. Würde dieser Umsatz wegfallen, wäre ein grosser Teil unserer Apotheken nicht nur in ihrer Existenz bedroht, sondern müsste schliessen.
- i. Während es sich bei Arzneimittelverkauf bei den Ärzten „lediglich“ um einen Zusatzverdienst handelt, geht es bei den Apotheken um ihre Existenz.
- j. Durch die angestrebten Revision käme es unweigerlich zu einem Apothekensterben. Verloren ginge dabei auch eine ansehnliche Anzahl der heute insgesamt etwa 300 Arbeitsplätze. Vom Arbeitsplätzeabbau betroffen wären vorwiegend Frauen, nämlich Apothekerinnen und Pharma-Assistentinnen. Die SVP Graubünden setzt sich für den Erhalt dieser Arbeitsplätze und damit auch für den qualitativ hohen Stand der Medikamentenversorgung in Graubünden ein, was ohne Apotheken nicht möglich ist.
- k. Mit dem durch die Revisionsvorlage geforderten uneingeschränkten Selbstdispensationsrecht der Ärzte will das Kantonale Gesundheitsdepartement auch den heute von den Apotheken geleisteten Notfalldienst ersatzlos streichen. Heute sind die Apotheken nämlich gesetzlich verpflichtet, einen kontinuierlichen Notfalldienst rund um die Uhr anzubieten. Die Streichung des Notfalldienstes würde zur Folge haben, dass Einheimische und unsere vielen Feriengäste bei einem notfallmässigen Bezug eines Arzneimittels einen Arzt konsultieren müssten. Dies würde zu weiteren Kosten und einem zusätzlichen Zeitaufwand führen. Dies auch deshalb, als zuerst ein Arzt gesucht werden müsste, was speziell in der Nachtzeit schwierig sein dürfte.
- l. Die SVP Graubünden betrachtet den von den Apotheken geleisteten kontinuierlichen Notfalldienst rund um die Uhr als einen qualitativ wichtigen Bestandteil unseres Bündner Gesundheitswesens. Sie akzeptiert darum nicht die durch die Revisionsvorlage bewirkte Verschlechterung der Medikamentenversorgung für die Bündner Bevölkerung und unsere vielen Feriengäste.
- m. Durch die vom Gesundheitsdepartement geforderte uneingeschränkte Arzneimittelabgabemöglichkeit durch Ärzte und der damit verbundenen Schliessung von Apotheken käme es zu einer eigentlichen Monopolisierung der Medikamentenabgabe durch die Ärzte. Während Apotheken nämlich öffentlich zugängliche Verkaufsstellen sind, dürfen Ärzte nach geltendem

Gesundheitsrecht Medikamente nur an eigene Patienten abgeben. Auch muss der Arzt bei der Medikamentenabgabe persönlich anwesend sein. Der Medikamentenbezug wird dadurch erschwert und verteuert. Zur Verfügung der ganzen Bevölkerung stehen nur Medikamente, die in einer öffentlichen Apotheke gekauft werden können.

Die Grundlagenarbeiten des Departementes sind erschreckend mangelhaft

- a. Die Erläuterungen des Departementes für Justiz, Sicherheit und Gesundheit zum präsentierten Revisionsentwurf sind absolut rudimentär, erschreckend mangelhaft und einseitig, enthalten Fehlinterpretationen und ignorieren vollumfänglich alle wissenschaftlichen Studien zur Arzneimittelabgabe wie auch Varianten der Selbstdispensation mit ihren Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Regionen, auf die Ärzte und Apotheken, die Gesundheitskosten usw.
- b. Damit zeigt sich auch die Berechtigung der Forderung der SVP Graubünden, dass vor der Neuregelung der Selbstdispensationsfrage in Graubünden die neuen Rahmenbedingungen des Bundes abzuwarten sind. Es darf nämlich angenommen werden, dass in der Botschaft des Bundesrates zur neuerlichen Revision des Eidg. Heilmittelgesetzes alle Grundlagen im Zusammenhang mit den Selbstdispensationsregelungen aufgearbeitet und Expertenberichte präsentiert werden. Erst nach Vorliegen dieser Arbeiten werden die Grundlagen für die Erarbeitung eines allenfalls neuen Selbstdispensationsrechts für Graubünden vorhanden sein. Alles andere ist Flickwerk und unseriöse Gesetzgebungsarbeit, wie der Revisionsentwurf des Departementes und dessen „Grundlagenarbeit“ dazu eindrücklich in negativer Weise belegt.
- c. Die SVP Graubünden erachtet die „Grundlagenarbeit“ des Departementes als absolut ungeeignet, um als Basis für eine Neuregelung des Selbstdispensationsrechts der Ärzte dienen zu können. Dies wiegt umso schwerwiegender, als die Frage der Selbstdispensation von grosser gesundheits- und regionalpolitischer Bedeutung wie auch begleitet von erheblichen finanziellen Auswirkungen für die betroffenen Berufsgruppen ist.

Fazit:

Die SVP Graubünden würde es als klug erachten, wenn der vorgelegte Entwurf zurückgezogen und zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht erst der Regierung und dem Parlament unterbreitet würde.

Wir lehnen den Entwurf für eine Teilrevision des Gesetzes über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden auf jeden Fall entschieden ab und beantragen Regierung und Departement, dem Grossen Rat keine entsprechende Revisionsvorlage zu unterbreiten.

Sollte die Regierung aber entgegen unseren Erwartungen trotzdem auf den Revisionsentwurf eintreten, so beantragt die SVP Graubünden, dass durch eine Übergangsbestimmung erreicht wird, dass bestehende Apotheken durch die neue Gesetzgebung nicht unmittelbar in ihrer Existenz gefährdet werden.

⇒ Dies könnte dadurch erreicht werden, dass die heutigen Bestimmungen zur Selbstdispensation im Gesundheitsgesetz noch während weiteren 10 Jahren in jenen Gemeinden gelten, in denen sich bei Inkrafttreten des revidierten Gesundheitsgesetzes eine Apotheke befindet.

Wir möchten diese absolut notwendige Übergangsbestimmung kurz wie folgt begründen:

- a. Bereits bei der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes vom 2. Dezember 1984 wurde den Ärzten eine Übergangsfrist von fünf Jahren gewährt: Alle Ärzte, die damals bereits eine Privatapotheke führten, diese aber nach neuem Recht nicht mehr führen durften, wurde erlaubt, ihre Privatapotheke während längstens 5 Jahren beizubehalten. Den Ärzten sollte damit nach Meinung der Regierung ermöglicht werden, „die vorrätigen Medikamente noch an die Patienten abgeben zu können.“
- b. Für die Apotheken zeitigen die mit der aktuellen Revision vorgesehenen Änderungen nun aber noch weit gravierendere, v.a. finanzielle Auswirkungen, als dies damals für die Ärzte, die auf die uneingeschränkte Selbstdispensation verzichten mussten, der Fall war. Die Gründe dafür müssen hier nicht näher ausgeführt werden, denn sie sind offensichtlich. Erwähnt seien nur stichwortartig: Existenzgefährdung, Schliessung von Apotheken, Reduktion von Arbeitsplätzen, grosser Lagerbestand in Apotheken, hoher Investitionsaufwand mit langer Amortisationszeit.
- c. Nach Treu und Glauben durften die Apotheken angesichts des geltenden Kantonalen Gesundheitsgesetzes sowie der Bestrebungen des Bundes und den international geltenden Regelungen davon ausgehen, dass die Selbstdispensationsmöglichkeiten der Ärzte nicht noch weiter ausgebaut werden.
- d. Wenn Regierung und Parlament in Graubünden nun trotz geltender kantonaler Regelung sowie nationalen und internationalen Bestrebungen auf Einschränkung der Selbstdispensation ein uneingeschränktes Selbstdispensationsrecht der Ärzte in Graubünden beschliessen würden, müsste das von den Apotheken nach Treu und Glauben getätigte finanzielle Engagement geschützt werden.

Fazit

Die SVP Graubünden beantragt darum eine Übergangsregelung von 10 Jahren: Ärzte in Gemeinden mit einer Apotheke sind während dieser Übergangsfrist weiterhin der heutigen Regelung des Selbstdispensationsrechts zu unterstellen.

Bei einem Eintreten auf den Revisionsentwurf, was wir – wie erwähnt – entschieden ablehnen, verlangt die SVP Graubünden, dass es in Gemeinden mit einer Apotheke zu keinen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Apotheken und den zur uneingeschränkten Arzneimittelabgabe berechtigten Ärztinnen und Ärzten kommt. Wir beantragen deshalb, in das Gesundheitsgesetz folgende Bestimmung aufzunehmen:

⇒ Alle Medizinalpersonen, die zur uneingeschränkten Arzneimittelabgabe berechtigt sind, haben in Gemeinden mit einer Apotheke die gleichen Anforderungen wie die Apotheken zu erfüllen.

Wir begründen diese zwingend notwendige Gesetzesbestimmung wie folgt:

- a. Die SVP Graubünden setzt sich für ein wettbewerbliches Gesundheitssystem ein, das eine optimale und kostengünstige Versorgung der Bevölkerung und unserer Feriengäste mit Arzneimitteln gewährleistet und bei dem die Zufriedenheit der Bevölkerung im Vordergrund steht.
- b. Das heutige System der Medikamentenabgabe entspricht diesen Vorgaben in vorzüglicher Weise, indem beispielsweise Ärzte in Gemeinden mit einer Apotheke einerseits nur ein beschränktes Selbstdispensationsrecht haben, sie andererseits aber auch nicht alle Auflagen erfüllen müssen, die für die Apotheken gelten.
- c. Ein unbeschränktes Selbstdispensationsrecht der Ärzte im ganzen Kanton erfordert aus wettbewerblichen Gründen hingegen zwingend, dass für alle Vertriebskanäle die identischen Bedingungen gelten. Ansonsten kommt es zu einer Ungleichbehandlung der Wettbewerbsteilnehmer, die anfechtbar ist.
- d. Das Gleichbehandlungsgebot gebietet, dass alle Medizinalpersonen, die zur Arzneimittelabgabe berechtigt sind, in Gemeinden mit einer Apotheke die gleichen Anforderungen wie die Apotheken zu erfüllen haben! Alles andere würde bei der Medikamentenabgabe zu ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteilen der Ärzte gegenüber den Apothekern führen.
- e. Stehen eine öffentliche Apotheke und eine Privatapotheke eines Arztes in der gleichen Gemeinde miteinander im "Wettbewerb" müssen dieselben Voraussetzungen gelten: Gleiche Zugänglichkeit zu dem Medikamenten, vergleichbar breites Medikamentensortiment, ständige Anwesenheit einer Medizinalperson zur Kontrolle der Medikamentenabgabe, vergleichbare Ausbildung und technische Voraussetzungen, Möglichkeit zur Verschreibung und Abgabe für Arzt und Apotheker von Arzneimitteln zulasten der Krankenversicherer. Ansonsten besteht ein einseitiger Wettbewerb.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Regierungsrätin, sehr geehrte Damen und Herren, nochmals für die uns gewährte Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten Sie um Beachtung unsere Anträge.

Mit freundlichen Grüssen

SVP Graubünden

Jon Peider Lemm
Präsident SVP Graubünden

Reto Rauch
Vizepräsident SVP Graubünden

